



Prot. 44408

Bozen, 4. 08. 2014

Bearbeitet von:

Pöhl Kurt/ Demetz Karl/Lageder Brigitte

An den Landtagsabgeordneten
Andreas Pöder

Im Hause

Zur Kenntnis: An den Präsidenten des Südtiroler Landtages
Dr. Thomas Widmann

Im Hause

Beantwortung der Landtagsanfrage Nr. 376/14 - Freie Software für deutsche und ladinische Schulen

Sehr geehrter Landtagsabgeordneter Pöder,

Bezug nehmend auf die Landtagsanfrage im Betreff dürfen wir Ihnen folgende Informationen aus den zuständigen Abteilungen mitteilen:

1) Warum nutzen nicht alle Schulen frei Software?

Der vom deutschen Schulamt per Ausschreibung unterzeichnete Vertrag mit Microsoft deckt den Softwarebedarf nicht allein der deutschen Schule, sondern auch jenen der Berufsschulen aller drei Sprachgruppen, der ladinischen Schule, der Fachschulen für Haus- und Landwirtschaft und der Schulverwaltungen aller Schultypen ab. Allein in den Schulverwaltungen werden damit die Lizenzen für das Betriebssystem der 1.500 Clients als auch der knapp 200 Server abgedeckt. Zudem gibt es Konsens darüber, dass die Schule speziell dort, wo sie auf die Arbeit in der Arbeitswelt vorbereiten soll, zumindest heute noch auf MS-Office nicht verzichten kann. Die Bedingungen des Vertrages „Microsoft Open Value Subscription Academic“ sind derart vorteilhaft, dass der Direktankauf der notwendigen MS-Lizenzen allein in der Schulverwaltung und für ganz spezielle Bereiche etwa in den Berufsschulen zu Kosten führen würde, die über jenen dieses Gesamtvertrages liegen würden. Insofern widerspricht der Beschluss des deutschen Schulamtes nicht dem von Ihnen genannten Beschluss der Landesregierung Nr. 1301 vom 02.09.2013.

Wir können Ihnen versichern, dass alle Schulen an vielen Stellen sowohl im Bereich Standardtools als auch im Bereich der didaktischen Software sehr stark freie Software nutzen. Woran nun gearbeitet wird, ist, in deutschen und ladinischen Schulen vor allem im Pflichtbereich verstärkt freie Software im Office- und im Betriebssystembereich einzusetzen.

2) Welche andere Abteilungen der öffentlichen Verwaltung nutzen noch keine freie Software?

Es gibt keine Abteilung der Landesverwaltung, in der keine freie Software eingesetzt würde. Auf allen Arbeitsplätzen der Landesverwaltung ist bspw. die neue Version von LibreOffice verfügbar. Das Projekt zur massiven Migration auf dieses Office-Paket ist in den Startlöchern und wird nach dem Abschluss des Projektes zum Austausch der 7.000 PC-Arbeitsplätze der Landesverwaltung in Angriff genommen. Zudem sind bereits an vielen Stellen freie Softwarelösungen die Standardapplikationen, mit denen in der Landesverwaltung gearbeitet wird (so etwa Gimp für Bildbearbeitung, Dia als MS-Visio Ersatz, Freemind für Mind-maps oder Orbeon zum Veröffentlichen von Online-Formularen).

3) Wie und in welchem Umfang soll die Landesverwaltung in den nächsten Jahren auf freie Software umgestellt werden?

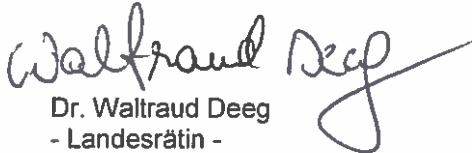
Die Landesverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, überall dort, wo es sowohl aus funktionaler als auch aus finanzieller Sicht (im Sinne des Beschlusses Nr. 1301 vom 02.09.2013) vertretbar ist, auf freie Software umzusteigen. Handelt es sich um in die IT-Landschaft der Landesverwaltung gering integrierte




Softwarepakete, kann diese Umstellung sehr schnell und bis auf eventuell notwendige Benutzerschulung ohne großen Aufwand erfolgen.

Komplexer wird die Sachlage, wenn es sich um IT-Lösungen handelt, die tief in unserem IT-System verwurzelt sind, wie beispielsweise MS-Office. In diesen Fällen können sehr aufwändige IT-Projekte notwendig sein, die es kostenseitig und unter dem Aspekt der Risikobehaftung zu prüfen gilt.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Waltraud Deeg
- Landesrätin -


Dr. Florian Mussner
- Landesrat -


Philipp Achammer
- Landesrat -